

SATZUNG DES SÜDTIROLER NIERENKRANKENVEREINS

BEZEICHNUNG – DAUER - VEREINSZWECK

ART. 1) Im Sinne des Gesetzes Nr. 266 vom 11. August wird der Verein mit der Bezeichnung „ASSOCIAZIONE ALTOATESINA DI VOLONTARIATO NEFROPATICI – SÜDTIROLER NIERENKRANKENVEREIN“ gegründet.

ART. 2) Sitz des Vereins ist Bozen und seine Dauer ist auf unbestimmte Zeit festgesetzt.

ART. 3) Der Verein verfolgt keine Gewinnabsichten und ist partei- und gewerkschaftsunabhängig. Solange der Verein besteht, ist es untersagt, Gewinne oder Überschüsse sowie Ersparnisse, Reserven oder Kapital, auch auf indirekte Weise zu verteilen, es sei denn, eine Zweckbestimmung oder Verteilung wird gesetzlich vorgeschrieben. Die Gewinne oder Überschüsse werden ausschließlich für die Vereinstätigkeiten und für die damit direkt in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten verwendet.

ART. 4) Der Verein verfolgt ausschließlich Zwecke gegenseitiger Unterstützung und sozialer Solidarität.

Bei seinen Tätigkeiten folgt der Verein den Prinzipien menschlicher Solidarität und er setzt sich zum vorrangigen Ziel, Lösungen für medizinische und soziale Probleme, die mit Nierenerkrankungen in Zusammenhang stehen, herbeizuführen, indem die politischen Organe, die Gesundheitsbehörden und die Öffentlichkeit entsprechend sensibilisiert werden, nämlich:

durch Information in Sachen Vorbeugung, Behandlung und Rehabilitation von Nierenerkrankungen, und zwar auch durch die Presse in Form von Zeitschriften und Druckwerken;

durch die Organisation von Konferenzen, Tagungen und Treffen oder die Teilnahme an solchen Veranstaltungen;

durch Initiativen, die je nach Fall für angemessen erscheinen, um die vorrangigsten Probleme zu lösen, wie beispielsweise die Steigerung der Anzahl von Nierentransplantationen.

Bei der Verfolgung der Zwecke der Solidarität achtet der Verein insbesondere auf den Schutz der bürgerlichen Rechte und die

Unterstützung der Nierenkranken bei juristischen, sozialen und ethischen Problemen in den Beziehungen zu den Behörden, durch die Schaffung eines Klimas der Zusammenarbeit mit den Dialysezentren im Lande und mit den in- und ausländischen Transplantationszentren, durch die Gewährung von finanziellen Hilfen für die Mitglieder im Sinne des Landesgesetzes Nr. 2 vom 15.1.1977, durch die Unterstützung der Mitglieder in besonderen sozialen Härtefällen und in schwierigen Situationen, soweit es die finanzielle Lage des Vereins zulässt, durch die Ergreifung sonstiger Initiativen, die für die Erreichung der Vereinsziele angemessen sind. Dabei nimmt der Verein die Hilfe von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitgliedern an. Die Vereinstätigkeit kann nach Themenbereichen aufgeteilt werden. Der Vorstand kann eventuell erfahrene Personen wählen und ihnen einzelne Themenbereiche zuweisen.

MITGLIEDSCHAFT

ART. 5) Mitglieder des Vereins können alle Personen werden - sowohl natürliche als auch juristische Personen, Körperschaften und Vereine -, die sich ehrenamtlich und kostenlos ausschließlich für die Erreichung der Vereinsziele einsetzen möchten. Minderjährige Personen können nur mit Erlaubnis des die elterliche Gewalt ausübenden Elternteils Mitglieder werden.

ART. 6) Die ehrenamtliche Tätigkeit darf auf keine Weise – auch nicht durch den Begünstigten - vergütet werden. Nur der Verein kann der ehrenamtlich tätigen Person die für die geleistete Tätigkeit tatsächlich angefallenen Spesen rückerstatten. Die Ehrenamtlichkeit ist mit jeglicher Form eines Arbeitsverhältnisses oder Vermögensverhältnisses mit dem Verein unvereinbar.

Mitglieder, die ehrenamtliche Arbeiten ausführen, haben für die mit der Ehrenamtlichkeit zusammenhängenden Arbeiten Anrecht auf eine gänzlich zu Lasten des Vereins gehende Unfall-, Kranken- und Haftpflichtversicherung.

ART. 7) Zur Aufnahme in den Verein ist dem Vorstand ein Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen, wobei folgende Formalitäten und Angaben erforderlich sind:

- Angabe des Vor- und Nachnamens oder der Bezeichnung bei juristischen Personen, Geburtsort und –datum, Wohnort; eventuelle Art der Nierenerkrankung, um Zugang zu den finanziellen Begünstigungen laut LG Nr. 2/1977 zu erhalten;

- Erklärung, dass man sich an die Satzung des Vereins und an die Beschlüsse des Vorstands hält. Der Vereinsvorstand hat innerhalb 30 Tagen über die Mitgliedschaft zu entscheiden. Sollte ein Bewerber nicht aufgenommen werden, kann er innerhalb 30 Tagen bei der Generalversammlung Einspruch erheben, welche bei ihrer nächstfolgenden Einberufung eine endgültige Entscheidung trifft.

ART. 8) Unter den Mitgliedern herrscht eine einheitliche Vereinsdisziplin.

Die Mitgliedschaft ist unbefristet und kann nur in den im folgenden Art. 11 angeführten Fällen erlöschen. Einschreibungen, die diesen Grundsatz verletzen, sind nicht zugelassen, wie z. B. Kriterien, die Rechte einschränken, oder Einschreibungen auf bestimmte Zeit.

Die Namen der Mitglieder werden im Mitgliederverzeichnis des Vereins festgehalten.

Die Mitglieder haben nach der Zulassung das Recht auf einen Mitgliederausweis, der jeweils für ein Jahr gültig ist, sowie auf Nutzung aller Einrichtungen, Dienstleistungen und Aktivitäten des Vereins.

ART. 9) Die Mitglieder haben den jährlichen Mitgliedsbeitrag sowie eventuelle vom Vorstand beschlossene Ergänzungsbeiträge zu zahlen und die Satzung und Beschlüsse der Vereinsorgane einzuhalten.

ART. 10) Die Ehrenmitglieder zahlen dem Verein keinen Einschreibungsbetrag, sie können jedoch durch Freigiebigkeit beitragen; sie können bei den Tätigkeiten laut Art. 4 der vorliegenden Satzung ihren Beitrag leisten.

ART. 11) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Austritt, Ausschluss oder Streichung.

Der Austritt hat schriftlich beim Vorstand zu erfolgen.

Der Ausschluss oder die Streichung erfolgt, wenn:

- a) den Vorgaben der Satzung, den internen Regelungen oder den Beschlüssen der Vereinsorgane nicht Folge geleistet wird;
- b) wenn der Mitgliedsbeitrag ohne gerechtfertigten Grund nicht eingezahlt wird;
- c) wenn dem Verein auf irgendeine Weise ideeller oder materieller Schaden zugefügt wird.

Ausschluss und Streichung werden vom Vorstand bei Stimmenmehrheit beschlossen.

Vereinsmitglieder, die wegen Zahlungsverzugs gestrichen wurden, können auf Antrag und nach Zahlung des Mitgliedsbeitrags wieder aufgenommen werden.

Im Falle der Auflösung des Vereins stehen den Mitgliedern weder Dividenden noch Sachleistungen zu.

VEREINSORGANE

ART. 12) Organe des Vereins sind:

- a) die Mitgliederhauptversammlung
- b) der Vorstand
- c) der Vorsitzende

Sämtliche Ämter des Vereins sind unentgeltlich.

ART. 13) Die Mitgliederhauptversammlung, bestehend aus sämtlichen Mitgliedern, kann eine ordentliche oder eine außerordentliche sein. Die juristischen Personen, die Mitglied sind, nehmen an den Hauptversammlungen mit einer Person teil, die im Besitz einer schriftlichen Vollmacht des gesetzlichen Vertreters zu sein hat.

Die Einberufung ist mindestens zehn Tage vor der Hauptversammlung in den Vereinslokalen auszuhängen und hat die Tagesordnung, Datum und Uhrzeit und Ort der Versammlung sowie Datum, Uhrzeit und Ort einer eventuellen Versammlung in zweiter Einberufung zu enthalten.

ART. 14) Die ordentliche Hauptversammlung ist vom Vorstandsvorsitzenden einmal jährlich einzuberufen.

Unter der Leitung des Vorstandsvorsitzenden, der seinerseits unter den Mitgliedern einen Schriftführer ernennt:

- genehmigt sie die allgemeinen Linien des Tätigkeitsprogramms für das Vereinsjahr;
- wählt sie den Vorstand und wählt ihn auch ab;

- genehmigt sie die Jahresabrechnung;
- entscheidet sie bei sämtlichen Angelegenheiten bezüglich der Vereinsführung, mit Ausnahme von Änderungen der Satzung oder der Auflösung des Vereins, wofür die außerordentliche Hauptversammlung zuständig ist.

In erster Einberufung ist die Hauptversammlung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder plus eines anwesend sind, und ihre Beschlüsse bei sämtlichen Tagesordnungspunkten sind bei absoluter Stimmenmehrheit gültig. In zweiter Einberufung ist die Hauptversammlung bei jeglicher Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig und ihre Beschlüsse zu sämtlichen Tagesordnungspunkten sind bei absoluter Stimmenmehrheit gültig.

ART. 15) Die außerordentliche Hauptversammlung, der eine von der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit bestellte Person vorsitzt, welche ihrerseits unter den Mitgliedern eine/n Schriftführer/in auswählt, wird in folgenden Fällen einberufen:

- Beschlüsse bezüglich Änderungen der Satzung oder Auflösung des Vereins;
- immer wenn mindestens die Hälfte der Vereinsmitglieder oder zwei Drittel der Vorstandsmitglieder einen begründeten Antrag zur Einberufung stellen;

In erster Einberufung ist die außerordentliche Hauptversammlung beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind, und ihre Beschlüsse zu sämtlichen Tagesordnungspunkten sind bei absoluter Stimmenmehrheit gültig. In zweiter Einberufung ist die Hauptversammlung bei jeglicher Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig und ihre Beschlüsse zu sämtlichen Tagesordnungspunkten sind bei absoluter Stimmenmehrheit gültig.

ART. 16) Die Stimmabgabe ist mit einer Vollmacht möglich, jedes Mitglied kann nicht mehr als zwei Mitglieder mit Vollmacht vertreten.

ART. 17) Die Abstimmungen können mit erhobener Hand oder in geheimer Wahl erfolgen, wenn mindestens ein Zehntel der Anwesenden dies fordert. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt in geheimer Abstimmung. Alle Vereinsmitglieder besitzen das Stimmrecht. Die Beschlüsse der Hauptversammlung sind im Protokollbuch festzuhalten

und für zehn, auf die Hauptversammlung folgende Tage auch in den Vereinslokalen auszuhängen.

ART. 18) Der Vorstand setzt sich aus mindestens drei bis höchstens sieben Personen zusammen. Sie werden von der Hauptversammlung gewählt; der Vorstand erhält sein Amt für drei Jahre und seine Mitglieder sind wieder wählbar.

In seiner ersten Sitzung wählt der Vorstand aus seinen Mitgliedern den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, den Kassier und den Schriftführer.

ART 19) Der Vorstand versammelt sich zu einer Sitzung, wenn der Vorsitzende oder die Mehrheit der Vorstandsmitglieder es für notwendig erachten. Dieser Sitzung steht der Vorsitzende und, in dessen Abwesenheit, der stellvertretende Vorsitzende vor. Die Sitzungen sind beschlussfähig, wenn zumindest die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit getroffen.

ART. 20) Der Vorstand besitzt weitreichende Befugnisse in der Leitung und ordentlichen und außerordentlichen Verwaltung des Vereins und unterliegt keinen Einschränkungen.

Dabei erledigt er Folgendes:

- er erstellt das Programm für die von der Satzung vorgesehenen Vereinsaktivitäten auf der Grundlage der von der Hauptversammlung genehmigten Leitlinien;
- er führt die Beschlüsse der Hauptversammlung aus;
- er verfasst die Jahresabrechnung für die Genehmigung durch die Hauptversammlung;
- er schließt alle Urkunden und jegliche Art von Verträgen bezüglich der Vereinstätigkeit ab;
- er beschließt die Aufnahme, Aussetzung, Streichung und den Ausschluss von Mitgliedern;
- er setzt die Höhe des jährlichen Mitgliedsbeitrags und die Art und Weise der Zahlung fest;
- er verwaltet die Gelder des Vereins zum Zwecke der Umsetzung der satzungsmäßigen Ziele und der Programme des Vereins;
- er ernennt eventuelle Spezialbevollmächtigte für eine oder mehrere Handlungen, wobei deren genaue Vollmachten angeführt werden;

- er wickelt alle anderen für das Vereinsleben notwendigen Tätigkeiten ab.

ART. 21) Der Vorsitzende des Vorstands ist der gesetzliche Vertreter des Vereins sowie der gesetzliche Vertreter der Firmenzeichnung. Er beruft die ordentliche Hauptversammlung und die Vorstandssitzungen ein und sitzt ihnen vor. Er beaufsichtigt die allgemeine und finanzielle Verwaltung des Vereins. Er hält die Buchhaltung, die Bücher und das Mitgliederverzeichnis auf dem aktuellen Stand. Für diese Aufgabe kann er auch vereinsfremde Mitarbeiter zur Unterstützung heranziehen.

Im Falle der Abwesenheit oder Verhinderung des Vorsitzenden fallen dessen Aufgaben einem Vorstandsmitglied zu, das vom Vorstand bevollmächtigt wird.

VEREINSVERMÖGEN

ART. 22) Das Vereinsvermögen ist unteilbar und besteht aus:

- dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen im Besitz des Vereins;
- allen zurückgelegten Überschüssen aus den vorangegangenen Jahren.

Der Verein bezieht seine Gelder aus:

- a) den jährlichen ordentlichen und außerordentlichen Beiträgen der Mitglieder;
- b) Beiträgen von Privatpersonen;
- c) Beiträgen des Staates, von öffentlichen Körperschaften und Institutionen, welche der Unterstützung von speziellen, dokumentierten Aktivitäten oder Projekten dienen;
- d) Einkünften von Vereinbarungen mit Lokalkörperschaften gemäß Art. 7 des Gesetzes Nr. 266/91;
- e) Beiträgen, Spenden und diversen Hinterlassenschaften;
- f) allen anderen Einkünften auch aus marginalen kommerziellen und/oder produktiven Tätigkeiten, die der Verein eventuell zur Verfolgung oder Unterstützung der Vereinsziele ausführt;
- g) eventuellen Erbschaften, die in der Ausübung der Vereinstätigkeit erhalten oder erworben werden.

ART. 23) Die für den Mitgliedsausweis eingezahlten Beträge und die Jahresmitgliedsbeiträge sowie die außerordentlichen Beiträge stellen

einzig und allein eine periodische verbindliche Zahlung zur finanziellen Unterstützung des Vereins dar.

Sie sind daher keineswegs als Titel oder Beteiligung an den Einkünften zu betrachten und können keinesfalls rückerstattet oder übertragen werden.

RECHNUNGSLEGUNG

ART. 24) Die Jahresabrechnung umfasst das Vereinsjahr vom ersten Januar bis zum einunddreißigsten Dezember eines jeden Jahres und ist bis spätestens dreißigsten April des darauf folgenden Jahres der Mitgliederhauptversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Die Jahresabrechnung wird gemäß den von der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol für die im Register der ehrenamtlichen Vereine eingetragenen Vereine vorbereiteten Vorgaben und Vorlagen erstellt.

AUFLÖSUNG DES VEREINS

ART. 25) Die Auflösung des Vereins ist von der außerordentlichen Mitgliedervollversammlung gemäß den Vorgaben laut Art. 15 dieser Satzung zu beschließen.

ART. 26) Für den Fall der Auflösung bestellt der Vorstand einen oder mehrere Abwickler, auch Nichtmitglieder, und bestimmt deren eventuelles Entgelt. Das aus der Abwicklung stammende Restvermögen ist anderen ehrenamtlichen Vereinen oder wohltätigen Zwecken zuzuwenden, welche den Vereinszielen entsprechen, wie es von Artikel 5, Absatz 4 des Rahmengesetzes über das Ehrenamt Nr. 266/91 vorgesehen ist, außer das Gesetz schreibt eine andere Bestimmung vor.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

ART. 27) Für alles, was nicht ausdrücklich in der vorliegenden Satzung erwähnt wird, wird auf die geltende Gesetzgebung, insbesondere auf das Zivilgesetzbuch, auf das Gesetz Nr. 266 vom 11. August 1991, auf das Gesetzesvertretende Dekret Nr. 460/97 sowie auf die Landesgesetzgebung in Sachen Ehrenamt verwiesen.

SCHRIFTFÜHRER
Januar 2010

VORSITZENDER

STATUTO DELL'ASSOCIAZIONE ALTOATESINA NEFROPATICI

DENOMINAZIONE - DURATA - OGGETTO SOCIALE

ART. 1) E' costituita l'Associazione di volontariato, ai sensi della legge 11 agosto 1991 n. 266, denominata "ASSOCIAZIONE ALTOATESINA DI VOLONTARIATO NEFROPATICI - SÜDTIROLER NIERENKRANKENVEREIN".

ART. 2) L'Associazione ha sede legale in Bolzano, ed ha durata a tempo indeterminato.

ART. 3) L'Associazione non ha fini di lucro ed è indipendente da partiti e sindacati. E' vietato distribuire, anche in modo indiretto, utili o avanzi di gestione, nonché fondi, riserve o capitale, durante la vita dell'Associazione, salvo che la destinazione o la distribuzione non siano imposti dalla legge. Gli utili o gli avanzi di gestione sono impiegati esclusivamente per la realizzazione delle attività istituzionali e di quelle ad esse direttamente connesse.

ART. 4) L'Associazione persegue esclusivamente fini mutualistici e di solidarietà sociale.

L'Associazione, che ispira le sue attività ai contenuti della solidarietà umana, si pone come scopo istituzionale primario quello di portare a soluzione i problemi medici e sociali inerenti le nefropatie sensibilizzando gli organismi politici, sanitari e l'opinione pubblica nei confronti dei nefropatici, attraverso:

informazione sulle situazioni e sui problemi della prevenzione, cura e riabilitazione delle malattie renali anche a mezzo stampa con diffusione di periodici e di materiale editoriale;

organizzando conferenze, incontri, convegni o intervenendo in essi; adottando tutte le iniziative che di volta in volta si riterranno più consone a risolvere i problemi più urgenti e di maggiore importanza come ad es. il potenziamento dei trapianti renali.

L'associazione nel perseguire scopi di solidarietà avrà cura di tutelare i diritti civili e di prestare assistenza ai nefropatici in problemi giuridici, sociali e morali nei rapporti con le autorità;

di stabilire un clima di collaborazione con i centri dialisi della provincia e con i centri trapianti nazionali ed esteri;

di erogare aiuti economici agli associati ai sensi della legge provinciale n. 2 del 15/1/1977;

di dare sostegno agli associati in casi di particolare gravità sociale ed in situazioni difficili, compatibilmente con la disponibilità economica.

di prestare ogni altra iniziativa consona alla realizzazione degli scopi statutari

...

Il tutto avvalendosi dell'opera di collaboratori e soci volontari. L'attività istituzionale potrà essere divisa per aree tematiche. Alle aree tematiche potranno essere eventualmente assegnate persone esperte elette dal Consiglio Direttivo.

SOCI

ART. 5) Possono far parte dell'Associazione tutti coloro i quali, persone fisiche o giuridiche, enti ed associazioni, intendono impegnarsi personalmente, volontariamente e gratuitamente per il raggiungimento esclusivo dei fini di solidarietà sociale previsti dal presente Statuto. I minorenni possono aderire all'associazione previa autorizzazione del genitore esercente la patria potestà.

ART. 6) L'attività del socio-volontario non può essere retribuita in alcun modo nemmeno dal beneficiario. Al socio-volontario possono essere soltanto rimborsate dall'Associazione le spese effettivamente sostenute per l'attività prestata.

La qualità di socio-volontario è incompatibile con qualsiasi forma di rapporto di lavoro subordinato o autonomo e con ogni altro rapporto di contenuto patrimoniale con l'Associazione.

I soci che prestano attività di volontariato hanno diritto ad una copertura assicurativa, i cui oneri rimangono a totale carico dell'Associazione, contro gli infortuni e le malattie connesse allo svolgimento dell'attività di volontariato, nonché per la responsabilità civile verso terzi.

ART. 7) Per essere ammessi a socio è necessario presentare al Consiglio Direttivo domanda di adesione all'Associazione con l'osservanza delle seguenti modalità ed indicazioni:

- indicare nome e cognome, o denominazione per le persone giuridiche, luogo e data di nascita, luogo di residenza; eventuale condizione di nefropatia per accedere ai benefici economici di cui alla L. P. n. 2/1977

- dichiarare di attenersi al presente Statuto ed alle deliberazioni degli organi sociali.

E' compito del Consiglio Direttivo dell'Associazione deliberare, entro trenta giorni, su tale domanda.

In caso di non ammissione l'interessato potrà presentare ricorso, entro i successivi trenta giorni, all'Assemblea Ordinaria la quale, nella sua prima convocazione, si pronuncerà in modo definitivo.

ART. 8) Tra gli associati vige una disciplina uniforme del rapporto associativo e delle modalità associative.

Lo status di socio, una volta acquisito, ha carattere permanente, e può venire meno solo nei casi previsti dal successivo art. 11. Non sono pertanto ammesse iscrizioni che violino tale principio, introducendo criteri di ammissione strumentalmente limitativi di diritti o a termine.

I nominativi dei soci sono annotati nel libro soci dell'Associazione.

I soci hanno diritto a ricevere, all'atto dell'ammissione, la tessera sociale di validità un anno, di usufruire di tutte le strutture, dei servizi, delle attività.

ART. 9) I soci sono tenuti al pagamento della quota annuale di associazione ed al versamento di eventuali quote suppletive stabilite dal Consiglio Direttivo, ed all'osservanza dello Statuto e delle deliberazioni prese dagli organi sociali.

ART. 10) I soci onorari non corrispondono all'Associazione la quota d'iscrizione sebbene possano contribuire mediante liberalità, possono inoltre partecipare all'attività di cui all'art. 4 del presente Statuto.

ART. 11) La qualifica di socio si perde per sopravvenuto decesso, per dimissioni, per espulsione o radiazione.

Le dimissioni devono essere presentate per iscritto al Consiglio Direttivo.

Le espulsioni o radiazioni possono avvenire a causa dei seguenti motivi:

- a) quando non si ottempera alle disposizioni del presente Statuto, ai Regolamenti Interni o alle deliberazioni prese dagli organi sociali;
- b) quando ci si renda morosi del pagamento delle quote sociali senza giustificato motivo;

c) quando, in qualunque modo, si arrechino danni morali o materiali all'Associazione.

Le espulsioni e le radiazioni sono decise dal Consiglio Direttivo a maggioranza dei suoi membri.

I soci radiati per morosità potranno, dietro domanda, essere riammessi, pagando una nuova quota di iscrizione.

Ai soci non può essere attribuito alcun dividendo né altra utilità in natura in caso di liquidazione dell'Associazione.

ORGANI DELL'ASSOCIAZIONE

ART. 12) Gli organi dell'Associazione sono:

a) Assemblea dei soci;

b) Il Consiglio Direttivo

c) Il Presidente.

Tutte le cariche associative sono gratuite.

ART. 13) L'Assemblea sovrana dei soci, composta da tutti gli associati, può essere ordinaria o straordinaria. I soci persone giuridiche partecipano alle Assemblee attraverso una persona a ciò delegata con delega scritta del legale rappresentante.

La comunicazione della convocazione deve essere effettuata con avviso affisso nei locali dell'Associazione almeno dieci giorni prima della riunione contenente i punti all'ordine del giorno, la data, l'ora ed il luogo dell'Assemblea, nonché la data, l'ora ed il luogo dell'eventuale Assemblea di seconda convocazione.

ART. 14) L'Assemblea Ordinaria deve essere convocata dal Presidente del Consiglio Direttivo, una volta all'anno.

Essa, presieduta dal Presidente del Consiglio Direttivo, il quale nomina a sua volta fra i soci un segretario verbalizzante:

- approva le linee generali del programma di attività per l'anno sociale;

- elegge e revoca il Consiglio Direttivo;

- approva il bilancio consuntivo

- delibera su tutte le questioni attinenti alla gestione sociale ad eccezione delle decisioni inerenti le modifiche statutarie e lo scioglimento dell'associazione - di competenza dell'assemblea straordinaria.

In prima convocazione l'Assemblea ordinaria è regolarmente costituita con la presenza di almeno la metà più uno dei soci e delibera

validamente a maggioranza assoluta dei presenti su tutte le questioni poste all'ordine del giorno. In seconda convocazione l'Assemblea è regolarmente costituita qualunque sia il numero dei soci intervenuti, e delibera validamente a maggioranza assoluta dei presenti su tutte le questioni poste all'ordine del giorno.

ART. 15) L'Assemblea Straordinaria, presieduta da un Presidente nominato dall'Assemblea stessa a maggioranza semplice, il quale nomina a sua volta fra i soci un segretario verbalizzante, è convocata:

- per deliberare in merito a modifiche statutarie o a proposte di scioglimento dell'associazione;
- ogni qualvolta ne facciano motivata richiesta almeno la metà degli associati ovvero i due terzi dei componenti il Consiglio Direttivo.

In prima convocazione l'Assemblea straordinaria è regolarmente costituita con la presenza di almeno i due terzi dei soci e delibera validamente a maggioranza assoluta dei presenti su tutte le questioni poste all'ordine del giorno. In seconda convocazione l'Assemblea è regolarmente costituita qualunque sia il numero dei soci intervenuti, e delibera validamente a maggioranza assoluta dei presenti su tutte le questioni poste all'ordine del giorno.

ART. 16) È previsto il voto per delega; ogni socio non può rappresentare, dietro apposita delega, più di due soci.

ART. 17) Le votazioni, possono avvenire per alzata di mano o a scrutinio segreto, quando ne faccia richiesta almeno un decimo dei presenti. Per l'elezione delle cariche sociali la votazione avviene a scrutinio segreto. Ciascun socio ha diritto ad un voto.

Le delibere assembleari, oltre ad essere debitamente trascritte nel libro dei verbali delle Assemblee dei soci, rimangono affisse nei locali dell'Associazione durante i dieci giorni che seguono l'Assemblea.

ART. 18) Il Consiglio Direttivo è composto da un minimo di tre persone fino ad un massimo di sette, eletti dall'Assemblea fra i soci; il Consiglio Direttivo resta in carica per tre anni, ed i suoi membri sono rieleggibili. Nella sua prima seduta il Consiglio Direttivo elegge fra i suoi membri il Presidente, il Vice Presidente, il Tesoriere ed il Segretario.

ART. 19) Il Consiglio Direttivo si riunisce ogni qualvolta il Presidente o la maggioranza dei propri componenti lo ritengano necessario, ed è

presieduto dal Presidente o, in sua assenza, dal Vice Presidente. Le riunioni sono valide con la presenza di almeno la metà dei componenti. Le deliberazioni si adottano a maggioranza semplice.

ART. 20) Il Consiglio Direttivo è investito dei più ampi poteri per la gestione e l'amministrazione ordinaria e straordinaria dell'Associazione, senza limitazione alcuna.

In particolare :

- redige i programmi di attività sociale previsti dallo Statuto sulla base delle linee approvate dall'Assemblea dei soci;
- cura l'esecuzione delle deliberazioni dell'Assemblea;
- redige i rendiconti economico finanziari da sottoporre all'approvazione dell'Assemblea;
- stipula tutti gli atti e i contratti di ogni genere inerenti all'attività sociale;
- delibera circa l'ammissione, la sospensione, la radiazione e l'espulsione dei soci;
- determina l'ammontare delle quote annue associative e le modalità di versamento;
- amministra i fondi dell'Associazione per la stretta attuazione degli scopi statutari e dei programmi dell'associazione;
- procede alla eventuale nomina dei procuratori speciali per uno o più determinati atti, indicando i rispettivi poteri;
- svolge tutte le altre attività necessarie e funzionali alla gestione sociale.

ART. 21) Al Presidente del Consiglio Direttivo compete la legale rappresentanza dell'Associazione nonché la legale rappresentanza della firma sociale. Egli presiede e convoca l'Assemblea Ordinaria e il Consiglio Direttivo; sovrintende alla gestione amministrativa ed economica dell'Associazione; tiene aggiornata la contabilità, i registri contabili, ed il registro degli associati. Per tali incombenze potrà avvalersi anche dell'ausilio di collaboratori esterni all'Associazione. In caso di assenza o di impedimento del Presidente tutte le sue mansioni spettano ad un consigliere delegato dallo stesso Consiglio Direttivo.

PATRIMONIO DELL'ASSOCIAZIONE

ART. 22) Il fondo patrimoniale dell'Associazione è indivisibile ed è costituito:

- dal patrimonio mobiliare ed immobiliare di proprietà dell'Associazione;

- da tutti gli avanzi di gestione accantonati negli esercizi precedenti;
L'associazione trarrà le proprie risorse finanziarie:

- a) dai contributi annuali e straordinari degli associati;
- b) dai contributi dei privati;
- c) dai contributi dello Stato, degli enti o istituzioni pubbliche, finalizzati al sostegno di specifiche e documentate attività o progetti;
- d) dalle entrate provenienti da convenzioni con enti locali, ai sensi dell'art. 7 della legge n. 266/91.
- e) dai contributi, erogazioni e lasciti diversi;
- f) da tutti gli altri proventi, anche proveniente da attività di natura commerciale e/o produttive marginali, eventualmente conseguiti dall'Associazione per il perseguimento o il supporto delle finalità istituzionali;
- g) da eventuali eredità ricevute o acquisite nell'esercizio dell'attività sociale.

ART. 23) Le somme versate per la tessera sociale e le quote annuali di adesione all'Associazione, e le quote straordinarie, rappresentano unicamente un versamento periodico vincolante a sostegno economico dell'Associazione.

Non costituiscono pertanto in alcun modo titolo di proprietà o di partecipazione a proventi, e non sono in alcun caso rimborsabili o trasmissibili.

RENDICONTO ECONOMICO FINANZIARIO

ART. 24) Il rendiconto economico finanziario annuale comprende l'esercizio sociale dal primo gennaio al trentuno dicembre di ogni anno e deve essere presentato all'Assemblea dei soci per la sua approvazione entro il trenta aprile dell'anno successivo.

Il rendiconto economico finanziario, si conformerà alle indicazioni ed allo schema predisposto dalla Provincia Autonoma di Bolzano per le associazioni di volontariato iscritte nell'apposito registro.

SCIoglimento DELL'ASSOCIAZIONE

ART. 25) Lo scioglimento dell'Associazione deve essere deliberato dall'assemblea straordinaria dei soci secondo le modalità previste dall'art. 15 del presente statuto.

ART. 26) In caso di scioglimento, il Consiglio Direttivo provvede alla nomina di uno o più liquidatori, anche non soci, determinandone gli eventuali compensi. Il patrimonio residuo che risulterà dalla liquidazione è devoluto ad altre organizzazioni di volontariato, o per fini di pubblica utilità conformi ai fini istituzionali dell'Associazione, come previsto dall'art. 5 comma 4 della legge quadro sul volontariato n. 266/91, salvo diversa destinazione imposta dalla legge.

DISPOSIZIONI FINALI

ART. 27) Per tutto quanto non previsto espressamente dal presente Statuto si rimanda alla normativa vigente in materia, con particolare riferimento al codice civile, alla legge 11 agosto 1991 n. 266, al D. L.vo n. 460/97, alla legislazione provinciale sul volontariato.

IL SEGRETARIO

IL PRESIDENTE

Gennaio 2010

